

Erklärungen

- Gelb hinterlegter Text ist eine Forderung mit einer Alternative
- Türkis hinterlegter Text ist eine Forderung speziell für Würzburg Stadt und/oder Land
- Lila hinterlegter Text deutet darauf hin, dass an dieser Stelle noch etwas fehlt

Der Gliederungspunkt "Wirtschaft" muss noch gefüllt werden.

Nach dem Gliederungspunkt "Sonstiges" folgen die Fußnoten.

Es sind noch auch nicht alle Punkte komplett ausformuliert.

Einleitung

Die Piratenpartei hat ihren Weg aus dem Internet in die Gesellschaft gefunden. Waren die PIRATEN am Anfang noch eine bunte Mischung aus jungen Netzaktivisten, sind sie heute eine Partei, die sich aus Menschen aller Gruppen und Altersklassen der Gesellschaft zusammensetzt.

Auch unsere Themenpalette hat sich erweitert. Rings um unsere Kernthemen Freiheit, Demokratie, Datenschutz, Privatsphäre und Transparenz haben sich viele andere Programmpunkte gebildet. Unsere Themen wurden mit konkreten Forderungen untermauert, was uns nun in die Lage versetzt auch auf kommunaler Ebene politische Lösungen und Verbesserungen anzubieten.

Uns ist bewusst, dass dieses Programm noch nicht die Lösungen für alle Probleme und Konflikte in Unterfranken beinhaltet. Wir PIRATEN sind jedoch hier um neue Ideen und mehr Bürgernähe in die Politik zu bringen. Dabei lernen beraten wir uns mit Experten und lernen gerne dazu.

Unsere Gesellschaft wird sich ändern, ob wir das wollen oder nicht. Die Fragen des 21. Jahrhunderts brauchen aber auch Antworten, die aus diesem Jahrhundert stammen und eben diese wollen wir geben. Für die Bürger und mit den Bürgern in eine neue Zeit.

Transparente Politik und Verwaltung

Um zu wissen, dass Politik und Verwaltung richtig handeln müssen die Bürger Einblick in deren Arbeitsweise und Vorgänge haben. Die politischen Abläufe und Entscheidungen in kommunalen Volksvertretungen werden jedoch von den Medien nicht ausreichend wiedergegeben. Dadurch ist für einen Bürger, der sich nicht den ganzen Tag mit Politik beschäftigen will, schwer nachzuvollziehen wie Beschlüsse zustande kommen.

Die Piratenpartei benutzt die verschiedensten informationstechnischen Mittel für Ideenentwicklung, Diskussion und Dokumentation. Dadurch werden Denk- und Diskussionsabläufe nachvollziehbar. Auch andere Gruppierungen und politische Organe könnten die digitale Möglichkeiten nutzen um ihr Handeln transparenter und damit bürgernäher zu gestalten.

Wir setzen uns ein für

- die Schaffung eines bezirksweiten Portals mit allen Gremiumsentscheidungen und Protokollen. Bis zur Realisierung eines solchen Portals fordern wir eine leicht zugängliche Dokumentation kommunaler Entscheidungsvorgänge auf der jeweiligen Verwaltungsebene.
- die Einsetzung von Transparenzbeauftragte in Städten und Gemeinden für die Kommunikation zwischen politischen Gremien und Bürgern
- die stärkere Einbindung klassischer Medien (Radio, Zeitung, Fernsehen) sowie neuer Medien (Internet) in den Alltag der Volksvertretungen im Bezirk
- das Streaming und Videoaufzeichnung von Stadtratssitzungen, Gemeinderatssitzungen, Kreistagssitzungen und Bezirkstagssitzungen

Datenschutz

Das Thema Datenschutz spielt in der gesamten Politiklandschaft bisher nur eine untergeordnete Rolle. Für die uns ist Datenschutz auch Demokratieschutz. Wir sind die einzige Partei die hierfür ganz besonders eintritt. Es ist notwendig, sich dieser Herausforderung auf allen politischen Ebenen zu stellen.

Im Falle eines Verbrechens führen die verschiedenen Datensammlungen und deren Auswertung sehr schnell dazu, dass auf klassische Ermittlungen verzichtet wird. Falls die Programme oder deren Bediener einen Fehler machen, muss der Bürger unter Umständen seine Unschuld beweisen.

Wir stehen auf dem Standpunkt, dass die Bevölkerung nicht unter Generalverdacht gestellt werden darf. Das Grundgesetz, dessen primäre Aufgabe es ist den Bürger vor dem Staat zu schützen, stellt nicht umsonst die Unschuldsvermutung in den Vordergrund. Diese wird allerdings mit den angehäuften Datenhalden ausgehebelt und ad absurdum geführt.

Wir fordern

- ein kompetentes, gut besetztes Datenschutzbüro, welches in kommunale Projekte eingebunden wird
- Datenvermeidung statt Erhebung als besten Datenschutz.
- kürzeste Fristen für die Aufbewahrung zwingend notwendiger Daten.
- öffentliche, einfach zugängliche und klar verständliche Bereitstellung von Informationen darüber, welche Daten die Gemeinde an welcher Stelle über ihre Bürger speichert und wie sie diese Daten schützt.
- regelmäßige Information der Bürger über erhobene Daten ("Datenbrief")

Privatsphäre

In den letzten Jahren wurden immer mehr Überwachungskameras installiert. Dies geschah aus finanziellen Gründen, da die Kameras deutlich billiger sind als Personal bei den Polizeibehörden.

Videoüberwachung hilft jedoch nicht gegen Kriminalität. Die Kameras können ein Verbrechen nur aufzeichnen, aber nicht verhindern. Dies kann nur ein Polizist vor Ort durch sein Eingreifen tun.

Videokameras sind ein sichtbares ein Symbol, dass die Freiheit der Bürger immer mehr eingeschränkt wird. Zur Freiheit gehört auch, dass man sich jederzeit frei und unbeobachtet bewegen kann.

Aus diesem Grund fordern wir

- Abbau jeglicher Videoüberwachung in öffentlichen Räumen [1].
- Verbot von Kameras in gastronomischen Betrieben.
- Polizeipräsenz an neuralgischen Punkten statt Kontrolle durch Kameras.
- klare Kennzeichnung von Geschäften, die Ihre Gäste und Kunden im Innenbereich überwachen. Gut sichtbare Angaben zur Anzahl der betriebenen Kameras und Nennung der eigenen Motivation sowie der rechtlichen Grundlagen.
- entschlossenes Vorgehen gegen jede Kamera, die unerlaubt im öffentlichen Raum angebracht wird.
- Abschaffung der Audioüberwachung in den Fahrzeugen des ÖPNV.

Sport und Kultur

Sport und Kultur ertüchtigen Körper und Geist. Hierbei ist es wichtig, dass nicht nur der Mainstream zum Zuge kommt, sondern auch Randsportarten und Subkulturen beachtet werden. Sportliche Aktivitäten und kulturellen Veranstaltungen müssen für die Bevölkerung erreichbar und bezahlbar sein. Wir wollen, dass die Bürger sich nach ihren Wünschen sportlich betätigen können und ihnen ein vielfältiges kulturelles Angebot zur Verfügung steht. Wir fordern deshalb

- Freiräume für Menschen zu schaffen, sodass neben der Mainstreamkultur auch Platz für Sub-Kulturen entsteht. Dieser soll weitgehend dereguliert sein um große Entfaltungsmöglichkeiten zu bieten.
- altersgemäße Sportangebote und Sportförderung für Kinder.
- familienfreundliche Preisgestaltung bei kulturellen und sportlichen Angeboten [2]
- keine weitere Ausdünnung des Freizeitangebots.
- besser Instandhaltung und Renovierung abgenutzter Freizeitanlagen.
- **kostenlosen Eintritt für Minderjährige in alle Museen und historische Stätten**

ALTERNATIV

- kostenlosen Eintritt für Minderjährige in Begleitung der Erziehungsberechtigten in alle Museen und historische Stätten
- Belebung des ehemaligen AKW (Bürgerbräu) - Geländes und anderer subkulturellen Locations

Verkehr

Die Möglichkeiten des Individualverkehrs wurden in vielen Bereichen durch die Anforderungen an die Mobilität überholt. Da die aktuell genutzten Verkehrswege nicht beliebig ausgebaut werden können ist abzusehen, dass der endgültige Stillstand früher oder später kommen wird. Aus diesem Grund setzen wir uns für nachhaltige, zukunftsfähige und umweltfreundliche Verkehrskonzepte ein. Wir wollen, dass die Bürger ihre Ziele schnell, kostengünstig, komfortabel und sicher erreichen. Dazu halten wir eine Umstrukturierung im Preisgefüge des ÖPNV für ebenso notwendig wie die Förderung sauberer und umweltschonender Transportmöglichkeiten.

Hier setzen wir uns dafür ein

- die Straßen und Verkehrsmittel so sicher zu gestalten, dass keine Verkehrstoten und Schwerverletzten mehr auftreten. [3]
- die Fahrradwege auszubauen.
- die Dichte von Bus und Bahnverbindungen zu erhöhen.
- Nachtverbindungen besonders am Wochenende auszubauen.
- den PKW-Verkehr in Ortskernen und Innenstädten auf ein Minimum zu reduzieren.
- Park & Ride Angeboten im Umland der Städte zu schaffen.
- Fußgänger- und Grünzonen innerhalb von Städten auszubauen.
- die Preise des ÖPNV zu reduzieren.
- einen fahrscheinlosen ÖPNV einzuführen.
- das Parkplatzkonzept für Würzburg zu überarbeiten. [4]
- eine S-Bahn zu bauen um das Würzburger Umland besser an die Stadt anzubinden.
- einen fahrradfreundlicher Stadtteil zu schaffen. (z.B. Verlängerung Rottendorfer Straße nur für Radverkehr öffnen)
- die Straßenbahnlinie 6 incl. Anbindung FH Sanderheirichsleiteweg zu bauen
 - Hier auch Finanzierung, Planung offen legen
 - Park & Ride, ggf. Anbindung Bahnhof Kitzingen

Kommunikation

Zugang zum Internet zu haben, bedeutet auch Zugang zu Bildung, Kultur, Spaß, Nachrichten und vielem mehr.

Für manche Gebiete ist dieser Zugang auch heute noch beschränkt. Dies führt zu Abwanderung der Wirtschaft. Außerdem bedeutet dies eine Ausgrenzung derjenigen, die nicht an den neuen kulturellen Möglichkeiten teilnehmen können. Trotz vieler Ankündigungen sind Breitbandanschlüsse noch immer nicht flächendeckend verfügbar. Dabei ist abzusehen dass die Kommunikation mehr und mehr ins Internet abwandern und die zu übertragende Datenmenge immer größer wird.

Obwohl fast jede Behörde, jedes Unternehmen und die meisten Privathaushalte über einen Zugang zum Internet verfügen, ist die Nutzung des Internets außerhalb der Privatwohnung oder des Arbeitsplatzes bisher nur eingeschränkt möglich. Hierfür ist entweder eine relativ teure Verbindung über das Mobilfunknetz notwendig oder es muss auf einzelne Insellösungen mittels WLAN (Funknetzwerke) zurückgegriffen werden. Diese sind aber nur getrennt voneinander durch verschiedene Mechanismen zugänglich. Einige gehören zu Hochschulen andere zu Cafes. Ein sogenanntes Bürgernetz würde die Vernetzung vereinfachen.

- Flächendeckende DSL-Versorgung. [7]
- offenes WLAN propagieren und Freifunk fördern

- Förderung von Bürgernetzen, Unterstützung der Gemeinden beim Selbstausbau. Es muss versucht werden Druck auf die TK-Unternehmen auszuüben ihre Planungen offenzulegen und sei es nur gegenüber der öffentlichen Hand. (Hier wäre dann eher keine Transparenz da die Firmen das generell nicht offen legen wollen. Aber vielleicht kann man da mit etwas Intransparenz die Sache transparenter machen)

Infrastruktur

Für eine jede Stadt und Gemeinde ist eine durchdachte und gut ausgebaute Infrastruktur essentiell. Besonderes Augenmerk ist auf ausreichend vorhandenen und bezahlbaren Wohnraum, eine gut ausgebauten Verkehrsanbindung und sichere, stabiler und kostengünstiger Wasser- und Energieversorgung zu richten. Dies sind die Grundlagen, dass sich Bürger ansiedeln und Handel, Handwerk, Gewerbe und Industrie niederlassen. Ungenutzte Areale innerhalb der Stadt- und Gemeindegebiete sind totes Kapital und daher einer sinnvollen und nachhaltigen Nutzung zuzuführen.

Wir fordern deshalb

- die schnelle Nutzung der ehemaligen Liegenschaften der US - Armee
- den Verbleib von Infrastrukturmonopolen in der Hand der Kommunen
- mehr Mitwirkung bei Erschließungs- und Verbesserungsmaßnahmen im Straßenbau
- die Schaffung von neuem bezahlbarem Wohnraum besonders auch für Studenten.
- den Umstieg der Stadt Würzburg und aller öffentlichen Einrichtungen auf Ökostrom der WVV
- den beschleunigten Atomausstieg der WVV.
- geplantes Einkaufszentrum Kardinal-Faulhaber-Platz/Mozartschule

Integration durch Interaktion

Als internationale Bewegung befürworten wir multikulturelle Strukturen. Jeder soll das Recht haben seine Lebensweise selbst zu wählen.

Es muss noch einiges getan werden um die aktuellen Situation zu verbessern. Viele Ausländer und Deutsche mit Migrationshintergrund fühlen sich in ihrer neuen Heimat noch nicht akzeptiert. Oft haben sie unter sozialer Ausgrenzung, Mobbing und psychischem Druck zu leiden. Ihnen wird das Gefühl vermittelt, dass sie anders und weniger wert sind. Diesem Sachverhalt muss entgegengewirkt werden.

Eine vielschichtige Gesellschaft funktioniert nur durch Offenheit dem Fremden und Neuen gegenüber. Die aktuelle Entwicklung ist leider das Gegenteil. Die Kluft zwischen Jung und Alt, Migrant und Deutschem wird immer größer. Wir PIRATEN wollen den Dialog. Er ist der Schlüssel zu einer besseren Gesellschaft.

Um das Zusammenleben verschiedener Kulturen und Subkulturen auf Basis der deutschen Sprache und der bundesdeutschen Demokratie zu verbessern fordern wir:

- Einrichten von Diskussionsrunden zwischen "Deutschen" und Migranten
- Förderkurse für Sprachkenntnisse
- Aufklärung über den Glaube und die Weltansicht fremder Kulturen

Akzeptanz der Jugendkultur

Für jeden sind Amokläufe mit extremem Emotionen verbunden. Man versucht schnell eine Sündigen zu finden und meint diesen mit sogenannten "Killerspielen", wie Paintball oder Counterstrike, gefunden zu haben. Wir sind der Auffassung, dass das Problem tiefer liegt. Mobbing, soziale Ausgrenzung und Stress sind Dinge die Jugendliche zur Verzweiflung bringen können. Die Flucht in die digitale Welt ist dabei meist nur ein Symptom, ein Hilfeschrei.

Auch Vereinigungen von Computerspielern wird oft wenig Beachtung geschenkt, dabei ist dies heutzutage genauso ein Teil der Jugendkultur wie klassischer Sport.

Wir fordern daher

- die Jugendkultur zu akzeptieren (Jede Zeit hat ihre Besonderheiten)
- die Kriminalisierung von LAN - Partys zu vermeiden

- Pädagogen in Schulen stärker zur Prävention von Mobbing einzubinden
- die Medienkompetenz von Eltern, Lehrern und Interessierten zu fördern um die "digitale Kluft" in der Bevölkerung zu verschmälern.
- die Gleichstellung von Videospielevereinigungen ("Clans") mit Sportvereinen.
 - jeder Clan kann sich als Verein gründen

Netzkultur und neue Gefahren

Die digitale Spaltung zwischen den Industriestaaten und den Entwicklungsländern wird immer größer. Dies liegt unter anderem auch daran, dass freie und kostengünstige Software zu wenig gefördert wird. Die Freiheit der Software wird auch vom UNO-Weltgipfel zur Informationsgesellschaft als schützenswert anerkannt und ist eine elementare Forderung der Zivilgesellschaft, mit der die "Digitale Kluft" überwunden werden soll.

Die deutsche Bevölkerung hingegen ist eher deshalb gespalten weil sich ein Teil gut im Internet zurecht findet während ein andere Teil Wissensdefizite und Berührungängste hat. Diese müssen abgebaut werden, denn gut informierte Bürger sind die Basis für Demokratie und Freiheit.

Deshalb fordern wir

- die Förderung des Einsatzes von freier Software.
- die Unterstützung älterer Bürger durch Jüngere zu fördern.
- die Errichtung von öffentlichen Räumen für Interessenten an Wissenschaft, Technologie und digitaler Kunst ("Hackerspaces").
- Beratungen zum Thema Onlinesucht.

Wirtschaft

???

- Regional vor International, Einzelhändler bzw. kleine und mittelständische Unternehmen sollten bei Anschaffungen bzw. Ausschreibungen bevorzugt behandelt werden wenn der Preis der Leistung den günstigsten Mitbewerber nicht um 20% übersteigt.
 - geht das überhaupt? (EU-Vorgaben für Ausschreibungen?)

Sonstiges

Unser Programm für Unterfranken ist vielschichtig. Alle Punkte, die nicht unter einen der obigen Gliederungspunkte passen sind hier zusammengefasst.

- Bürgerbudget [5]
- Kinderbetreuung [6]
- Alkoholverkaufsverbot Würzburger Tankstellen
- thematisch überforderte Berufsberater im Würzburger Arbeitsamt

[1] Oft verschieben sich deren Austragungsorte nur. Stellt man zum Beispiel eine Überwachungskamera auf damit seine Hauswand nicht beschmutzt so wird dies auch funktionieren, aber angemalt wird trotzdem. Den Schaden hat dann eben ein anderer. So tauscht man dann langsam aber sicher die gepflegte Hauswand gegen seine persönliche Freiheit ein.

Bürgerliche Freiheit bedingt, dass Sie sich jederzeit frei und unbeobachtet bewegen können. Wer diese Freiheit gegen die Kosten der Reinigung von Hauswänden aufrechnet, glaubt vermutlich auch, dass sich der Wert von Demokratie und Freiheit in Geld ausdrücken lässt.

[2] Beispiel das Nautiland (Schwimmbad in Würzburg) ist unter der Woche günstiger als am Wochenende.

Vorstellbar wäre auch, dass "Familienkarten" tatsächlich für die ganze Familie gelten (meist bedeutet es nämlich: 2 Erwachsene + 2 Kinder, mehr als zwei Kinder kosten

voll)

Oder mehr Karten wie im Tierpark Sommerhausen, dass man auch "fremde" Kinder, z.B. zu einer Geburtstagsfeier, mitnehmen kann.

[3] Vision Zero - http://de.wikipedia.org/wiki/Vision_Zero

[4] Gedanken zum Parkraum in Würzburg

Viel mehr Anwohnerparkflächen

nur Hausbesitzer und Mieter mit Erstwohnsitz bekommen einen Schein

- => keine Ausweise für Studenten mit Zweitwohnsitz
 - Zweitwohnsitz bringt der Stadt nicht wirklich Zuschüsse
 - viele Studenten stellen ihr Auto vorm Haus ab und bewegen es erst nach fünf oder zwölf Tagen wieder (je nach Heimfahrfrequenz), damit nehmen sie vielen Besuchern, Kunden, etc. Parkraum weg. In der Stadt benutzen sie Fahrrad oder Bus.
 - Möglich wäre die gesonderte Ausweisung von kostenlosen Dauerparkplätzen auf den P&R-Flächen gerade für Studenten.
 - alle Parkplätze entlang von Straßen für Anwohner
- Viel mehr Kurzzeitparken (bis 2 o. 3 Stunden) mit Parkschein
 - damit können z.B. immer noch Einkäufe oder Besuche in Krankenhäuser und Altenheimen erledigt werden, aber eben keine Angestellten dort mehr parken.
 - z.B. Friedrich-Ebert-Ring, Mariann-Hill
- P&R-Flächen an den Einfallstraßen (auch in Nachbarkommunen) und Anbindung im höchstens 20min-Takt ab 5:30 Uhr zu zentralen Umsteigehaltstellen
- kein Fahrschein darf teurer sein als 1,50 Euro und muss immer billiger sein als 1 Stunden Parkhaus
- definitiv müssen die Fahrscheinpreise sinken, damit es auch besser angenommen werden kann.
- Was auf Bundesstraßen möglich, sollte gemacht werden, z.B.
 - B19 ab Höhe Ikea (Annahme: großer P&R dort) nur noch rechte Spur für den Autoverkehr, links ist Spur für ÖPNV-Busse und Taxen, sowie Rettungsfahrzeuge
 - => saftiger Stau in der Rushhour und man würde gerne auf den P&R fahren, weil man dann schneller in der Stadt ist
 - Nachteil: Das bräuchte einen _verdammten großen_ P&R Parkplatz
- darf man aber erst machen, wenn der ÖPNV steht und günstig ist, ansonsten schadet es dem Wirtschaftsstandort WÜ (bereits jetzt besteht das Problem, dass Schweinfurt so attraktiv geworden ist)

[5] Bürger einer Gemeinde bekommen einen Betrag der basisdemokratisch in Gebiet genutzt werden kann. Ist in einigen Kommunen in verschiedenen Variationen umgesetzt. Siehe <http://www.buergerhaushalt.org>

[6] Konzept für Kinderbetreuung

Beispiel:

Frau X ist examinierte Altenpflegerin und würde, da ihr Kind nun 3 Jahre ist, wieder arbeiten.

Der Kindergarten öffnet um 7:30 und Abholzeit um spätestens 16:30.

Frau X bewirbt sich und bekommt aus folgenden Gründen nur Absagen:

Frühdienst: 6:00 bis 14:00

Spätdienst 14:00 bis 22:00

ND 22:00 bis 6:00

Auch Teilzeit nicht möglich da mind. 2 Schichten abgedeckt werden müssen die ab 6 und mind 14:00 bis 18:00

In einem Büro ist das mit den vorhandenen Betreuungszeiten auch nicht zu machen.

Nun hatte ich mal einen AG der besonderen Art mit einem ganz simplen

Betreuungsmodell:

(mit gesunder Ernährung, kindgerecht und frisch)

- Öffnungszeiten der Einrichtung 6:00 - 18:00
- Gruppen
 - A 0-2,5 Jahre
 - B 2,5 - 4 Jahre
 - C ab 4 - 6 Jahre
 - D Vorschulintensivierung
- 2 Schichten
 - 06:00 - 14:00
 - 10:00 - 18:00
- Bringzeit bis 10:00
- Finanzierung
 - Einkommensabhängige Beiträge (von beiden Elternteilen zusammengerechnet)
 - alleinerziehende Geringverdiener haben das ganze Programm frei.
 - Fehlbeträge die nicht durch Beiträge finanziert werden können, werden von der Regierung übernommen.

Folge des Programmes: höhere Beschäftigungsquote insbesondere bei alleinerziehenden höhere Steuereinnahmen direkt und indirekt hervorragende Entwicklungsstandkontrolle sowie bessere Entwicklung durch gezielte Frühförderung durch Fachpersonal.

Für Schulkinder gab es ein ähnliches Programm was hierzulande ja schon durch OGS umgesetzt wird. OGS auch für Grundschulen Verbesserung des bestehenden Betreuungsangebotes mit Anpassung der Betreuungszeiten an wirtschaftliche Bedingungen

[7] **In WÜ Versbach nicht versorgt? Wo noch?**